

Stockende Energiewende

Die große Windkraftkrise

Eine Analyse von [Stefan Schultz](#)

Mit eklatanten Steuerungsfehlern hat die Regierung eine Schlüsselbranche der Energiewende in die Existenzkrise gestürzt. Wirtschaftsminister Altmaier muss nun zum Windgipfel bitten. Wie konnte es so weit kommen?

Bienenvölker in der Staatskanzlei, Elektroflitzer für Beamte, raus aus der Kohle, billigere Bahntickets: Seit Tagen bombardiert [Markus Söder](#) die Republik mit Ideen, wie man den Klimaschutz aus seiner Sicht voranbringen kann. Der Wandel des CSU-Chefs vom industriefreundlichen Saulus zum "Fridays for Future"-tauglichen Paulus hat nur einen kleinen Schönheitsfehler.

Für die mit Abstand wichtigste Technologie der Energiewende ist Bayern zurzeit Feindesland: Im gesamten ersten Halbjahr 2019 wurde in dem Freistaat kein einziges Windrad gebaut.

Rhetorisch ergrünen, aber nicht danach handeln: So geht nicht nur Söder vor. Auch die Bundesregierung redet viel über Lösungsansätze für die drohende Klimakrise - und torpediert gleichzeitig durch politische Fehler den deutschen Windkraftsektor.

Dabei sollen die Rotoren an Land der Regierung doch eigentlich helfen, ihre Klimaziele zu erreichen. Bis 2050, so der Plan, soll sich die Gesamtleistung der Windanlagen eigentlich fast vervierfachen. Nun aber pfeift die Branche sprichwörtlich aus dem letzten Loch:

Von Anfang Januar bis Ende Juni kamen in ganz Deutschland unterm Strich **nur 35 neue Windräder** hinzu. Es war die **niedrigste Neubaurate seit dem Jahr 2000**.

Im gesamten Jahr 2019 werden nach Schätzungen des Bundesverbands Windenergie (BWE), wenn überhaupt, neue Anlagen mit einer Leistung von **1500 Megawatt** ans Netz gehen. Im Rekordjahr 2017 waren es 5300 Megawatt.

Im Jahr 2017, dem letzten bislang statistisch erfassten, sind laut [Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung](#) (DIW) rund **26.000 Jobs** in der Windenergiebranche **verloren gegangen**. Laut DIW-Energieexpertin Claudia Kemfert dürften seitdem noch viele weitere Jobs verloren gegangen sein.

Die Zahl der **Insolvenzverfahren** im Windsektor nimmt deutlich zu. Prokon, Windwärts und Windreich sind nur drei der bekannteren Unternehmen, die in den vergangenen Jahren betroffen waren; aktuell droht der Firma Senvion mit ihren rund 4000 Mitarbeitern die Zerschlagung.

Selbst Branchenriesen wie Siemens Gamesa, Enercon oder Nordex kämpfen mit **schwindenden Umsätzen und Gewinnen**. Wer kann, verlagert seinen

unternehmerischen Schwerpunkt ins Ausland.

Die Bundesnetzagentur sieht eine Krise von "besorgniserregender Dimension". Lorenz Gösta Beutin, der Energie- und Umweltexperte der Linken, moniert ein "beispielloses Versagen der Bundesregierung". Der Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer spricht von einer "Windkraftverhinderungspolitik".

Ein wenig mutet all das wie ein Déjà-vu an. Wie eine Neuauflage der großen Solarkrise, dem Zusammenbruch einer anderen wichtigen Zukunfts- und Boombranche, die ebenfalls wegen politischer Fehlentscheidungen am Standort Deutschland arg zusammengeschrumpft ist.

Wiederholt sich die Geschichte? Und wenn ja: Wie konnte es so weit kommen?

Die Abwärtsspirale

Die aktuelle Windkraftkrise hat ihren Ursprung in einer Verkettung von politischen Steuerungsfehlern. Schon seit 2017 ist die Lage in der Branche desolat und verschlimmert sich seitdem immer weiter.

Fehler Nummer eins war, dass die Regierung die Windenergieförderung ab Mai 2017 auf ein unausgeglichenes Modell umstellte. Wer in Deutschland Rotoren errichten will, muss sich seitdem bei Auktionen um Förderung bewerben. Pro Ausschreibung wird nur eine bestimmte Menge an Projekten gefördert. Nur diejenigen, die die niedrigste Förderung beantragen, erhalten den Zuschlag von der dafür zuständigen Bundesnetzagentur.

Da Projekte komplett ohne Förderung in Deutschland bislang kaum konkurrenzfähig sind, sind die Ausbaumengen seit Einführung des Auktionsmodells mehr oder weniger gedeckelt. Schon das allein führte dazu, dass Windparkbauer ihre Projektpläne zusammenstrichen. Einige Firmen kamen obendrein fast gar nicht mehr zum Zug - durch **Fehler Nummer zwei** des Auktionsmodells.

Um die Akzeptanz der Windenergie zu steigern, enthielt es zunächst Sonderregeln für sogenannte Bürgerwindparks - also für Projekte, in die Kleinanleger investieren. Bürgerwindparks durften sich anfangs selbst ohne gültige Baugenehmigung bei Auktionen bewerben. Und sie bekamen deutlich mehr Zeit, um ihre Projekte zu realisieren.

Die Idee war, dass Bürgerwindparks neuere, effizientere Technologien in ihrer Planung berücksichtigen, dadurch weniger Förderung brauchen und den deutschen Verbrauchern, die diese Förderung über Aufschläge auf den Strompreis zahlen, weniger zur Last fallen. Tatsächlich bewarben sich viele Bürgerwindparks bei den Auktionen mit Dumpingpreisen.

Es schien also zunächst gut zu laufen. Doch der scheinbar kosteneffiziente, bürgerfreundliche Ansatz hatte gleich mehrere Tücken:

Windparkfirmen mit langjähriger Projekterfahrung hatten durch die Sonderregeln kaum eine Chance bei den Auktionen.

Die Bürgerwindparks indes, die den Zuschlag erhielten, hatten teils Probleme, eine Bank zu finden, die ihre niedrig angesetzten Baukosten akzeptierte. Und sie taten sich mit den vielen Genehmigungsverfahren schwer. Projekte verzögerten sich oder platzten ganz.

Einige Bürgerwindparks wurden obendrein heimlich **von Großinvestoren gekapert** - was der Akzeptanz von Windparks insgesamt schadete.

Der BWE hatte lange vor dem Start der Ausschreibungen vor all diesen Problemen gewarnt. Doch das zuständige Wirtschaftsministerium hatte die Warnungen des Verbandes weitgehend ignoriert.

Durch die Steuerungsfehler im Auktionsmodell verschlechterte sich die Stimmung in der Windbranche rapide. Schon 2017, also noch im Jahr seiner Einführung, kam es zur erwähnten Entlassungswelle.

Auch die geringe Zahl neuer Windräder im ersten Halbjahr 2019 ist eine Folge dieser Fehler: Die in den Ausschreibungen von 2017 siegreichen Bürgergesellschaften haben viele ihrer Projekte noch nicht umgesetzt.

Der Genehmigungsstau

Im Juni 2018 steuerte die Regierung beim Auktionsmodell nach. Die Bürgerenergieparks verloren ihre Privilegien, auch sie brauchen nun schon vor den Auktionen eine Baugenehmigung. Die Krise der Windkraft verschlimmerte sich trotzdem. Es zeigte sich, dass noch andere politische Steuerungsfehler die Branche belasten.

Ein großes Problem ist die **ausufernde Bürokratie**. Genehmigungen für neue Windparks lassen inzwischen teils Jahre auf sich warten. Gemeinden stellen im Vorfeld oft Dutzende Auflagen, um Klagen von Bürgerinitiativen vorzubeugen. Doch selbst nach dem langwierigen Genehmigungsprozess haben Windparkbauer keine wirkliche Rechtssicherheit. Irgendeinen Grund zum Klagen finden Rotorengegner oft immer noch. So lässt sich die **Analyse des Problems** der Fachagentur für Windkraft zusammenfassen.

Windparkbauer leiden obendrein unter neuen **gesetzlichen Flächenbegrenzungen**, besonders in Bayern und NRW, wo **Windräder nur in großem Abstand zu Siedlungen** gebaut werden dürfen. Hinzu kommen strikte Vorgaben zum Schutz sogenannter UKW-Funkfeuer, die Flugzeuge zur Navigation benötigen. In ganz Deutschland dürfen im Radius von 15 Kilometern um entsprechende Bodenstationen keine Windräder gebaut werden, in anderen EU-Ländern beträgt der Sicherheitsabstand oft nur 5 Kilometer.

Aus all diesen Gründen dauert es inzwischen Jahre, bis in der Bundesrepublik ein neues Windrad steht. Der Stau hat riesige Dimensionen angenommen: Anlagen mit einer Gesamtleistung von mehr als 10.000 Megawatt stecken laut BWE derzeit in

vorbereitenden Verfahren fest. Das entspricht zehn mittelgroßen Atomkraftwerken. Investoren verlieren zusehends die Lust an solch mühsamen, unsicheren Projekten.

Im November 2018 beschloss die Bundesregierung, die Zahl der Auktionen für Fördergelder massiv zu erhöhen. Mit Sonderausschreibungen wollte sie 2019 und 2020 Windparks mit einem zusätzlichen Volumen von 4000 Megawatt ans Netz bringen. Doch der Beschluss kam - trotz erneuter Warnungen aus der Branche - viel zu spät, um 2019 noch Extra-Windräder bauen zu lassen. Dafür sind die Planungs- und Genehmigungsverfahren viel zu lang.

Ohnehin laufen die Windauktionen der Bundesregierung inzwischen gar nicht mehr gut. Mangels Anreizen wurden zuletzt für weniger als die Hälfte der ausgeschriebenen Volumen überhaupt noch Gebote abgegeben. Der Ausbau in den kommenden Jahren droht daher auf seinem niedrigen Niveau zu verharren. Die Windkraftkrise könnte zum Dauerzustand werden.

Noch gibt es zwar viele Aufträge, die in Genehmigungsverfahren stecken. Die können die Firmen erst noch abarbeiten, so die Einschätzung des BWE. Wenn dann aber nicht mehr genug nachkomme, dann stünden gerade kleinere Firmen, die nicht so viele Geschäfte im Ausland machen, bald reihenweise vor der Pleite.

Ab 2021 läuft zu allem Überfluss auch noch die finanzielle Förderung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für immer mehr bestehende Windräder aus. Zwar gibt es erste **Geschäftsmodelle für die Zeit danach**. Doch die müssen sich erst noch etablieren. Nicht alle bereits errichteten Rotoren dürften den Wandel überleben.

Die Aussichten für die deutsche Energiewende sind aus all diesen Gründen so schlecht wie lange nicht: Wenn sich bestehende Windräder teils nicht mehr finanzieren lassen und gleichzeitig der Neubau fast zum Stillstand kommt, könnte die deutsche Windstromerzeugung unterm Strich sogar schrumpfen.

Das wäre fatal. Denn Windenergie an Land ist die mit Abstand wichtigste Quelle unter den erneuerbaren Energien, die zuletzt fast 40 Prozent des Strombedarfs in Deutschland deckten. Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil eigentlich auf 65 Prozent wachsen.

Der Krisengipfel

Die Bundesregierung scheint allmählich zu erkennen, dass sie ihre ambitionierten Klimaschutzziele so nicht erreichen wird. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) kündigte am Mittwochnachmittag einen Krisengipfel an. Nach der Sommerpause will er sich mit Vertretern der Windenergiebranche, der Länder und von Bürgerinitiativen zusammensetzen, um eine Lösung für den schwachen Ausbau zu finden.

Vorschläge, wie es besser ginge, gibt es seit Langem:

Die Grünen fordern, dass mindestens zwei Prozent der bundesdeutschen **Fläche** fest für Windräder reserviert wird, doppelt so viel wie jetzt.

Der **Mindestabstand** für UKW-Funkfeuer ließe sich laut Experten leicht auf einen Radius von zehn Kilometern verringern.

Der BWE fordert Verfahren, um **juristische Streits** über neue Windparks zu beschleunigen und den **Genehmigungstau** zu beheben.

Auch wünscht sich der Branchenverband, dass Vertreter großer Industriekonzerne an dem Treffen mit Altmaier teilnehmen. Schließlich würden diese Firmen vom Windstrom profitieren, heißt es offiziell dazu.

Inoffiziell steckt hinter diesem Vorschlag wohl noch eine andere Absicht: Da das Wirtschaftsministerium offenbar seit Jahren nicht auf die Warnungen aus der Windbranche hört, hofft man nun offenbar, dass es wenigstens auf die Industriebosse hört, die der Windbranche wohlgesonnen sind.

Zusammengefasst: Die deutsche Windenergie steckt durch falsche Förderanreize, bürokratische Genehmigungsverfahren, klagewütige Bürgerinitiativen und wegen einer gesetzlichen Verknappung der Flächen für neue Rotoren in der wohl schwersten Krise ihrer Geschichte. Die Bundesregierung steuerte lange zu halbherzig und langsam dagegen an. Erst jetzt, da die Windkraftkrise auch die deutschen Klimaschutzziele gefährdet, plant das Wirtschaftsministerium einen Krisengipfel.

URL:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/windenergie-die-grosse-windkraftkrise-a-1279820.html>

Verwandte Artikel:

Stockende Energiewende: Nur 35 Windräder mehr - in sechs Monaten (25.07.2019)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/windenergie-ausbau-von-windraedern-kommt-fast-zu-stillstand-a-1278960.html>

Revolution auf dem Energiemarkt: Das Geheimnis der alten Mühle (22.06.2018)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/energiewende-wie-eine-uralte-muehle-den-stromsektor-revolutionieren-soll-a-1211902.html>

Versteigerung von Windparks: Firmen tarnen sich als Bürgergesellschaften (29.06.2017)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/windparks-firmen-tarnen-sich-als-buergergesellschaften-a-1152947.html>

10-H-Abstandsregel: Bayerisches Gericht gibt Windkraftgegnern recht (09.05.2016)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/windrad-abstandsregel-in-bayern-verfassungsgemaess-a-1091465.html>

Mehr im Internet

Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.617032.de/diwkompakt_2019-

135.pdf , S.139

in einer Analyse

<https://www.fachagentur-windenergie.de/aktuell/detail/tausende-windraeder-in-deutschland-blockiert.html>

SPIEGEL ONLINE ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.

© SPIEGEL ONLINE 2019

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung